

Warum? Wie funktioniert es?

Tipps zur Einbürgerung

Dass es richtig und wichtig ist, sich in seine eigenen Verhältnisse einzumischen, haben alle irgendwie schon einmal erfahren. Wenn eine Schnellstraße durch ein Wohngebiet gelegt werden soll, hilft es wenig, das nur blöd zu finden. Wenn Tarifverhandlungen anstehen, bringt allein der Wunsch, dass ein paar Euro mehr im Portemonnaie hilfreich wären, wenig. Und damit gesetzliche Bestimmungen im Betrieb - etwa zum Gesundheitsschutz oder was Gleichbehandlung angeht, eingehalten werden, sind starke Betriebsräte nötig. Das Wenigste, was jede(r) dazu beitragen kann, ist es, sich an den Betriebsratswahlen zu beteiligen. Die laufen demnächst an, und sehr viele - auch ArbeitsmigrantInnen - werden wählen und sich wählen lassen.

In diesem Jahr finden auch Bundestagswahlen statt - Gelegenheit, sich auch auf dieser Ebene in seine Verhältnisse einzumischen. Und bisweilen ist die Kandidatenkür eine heftige Erinnerung daran, sich einzumischen, wenn das Land zurückgeführt werden soll in eine Ära, in der sich Mehltau über die politische Kultur gelegt hatte und solcher Stillstand mit dubiosen Parteispenden gesponsert wurde.

Anders als bei den Betriebsratswahlen ist die Beteiligung bei den Bundestagswahlen an die deutsche Staatsbürgerschaft geknüpft. Dies ist ein Grund für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft zu werben, aber bei weitem nicht der einzige. Diesen Fragen widmet sich im Bereich Migration und Qualifizierung beim DGB Bildungswerk das Projekt „Integration von Ausländern in das gesellschaftliche Leben durch Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit“. Mit diesem vom Bundesinnenministerium geförderten Projekt sollen MigrantInnen auf die Bedeutung der Staatsbürgerschaft für den Alltag in dem Land verdeutlicht werden, in dem die Betroffenen ihren Lebensmittelpunkt haben.

In einer kleinen Informationsbroschüre werden Gründe für eine Einbürgerung aufgelistet; das sind zum Beispiel die Möglichkeit des visumsfreien Reisens in viele Länder und der damit verbundenen Möglichkeit Last-Minute-Angebote wahrnehmen zu können, oder der Zugang zu vielen Berufen, vorrangig im Öffentlichen Dienst, die Ausländern versperrt sind. Vor allem aber bietet die Broschüre in 14 Schritten einen Wegweiser, wie die Einbürgerung

funktioniert. Dabei müssen nicht alle Schritte der Reihe nach abgearbeitet werden. Wer eine Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung hat und bereits acht Jahre in Deutschland lebt, kann drei Schritte überspringen.

Die Broschüre „Wahljahr 2002 einbürgern – wählen – mitentscheiden“ kann bestellt werden bei: Der Setzkasten
Tel.: 0211/ 40 800 88
Fax: 0211/ 40 800 80
E-Mail: lavista@setzkasten.de

ZAHLENWERK

Wohlfühlen in Berlin – Türkische Berliner 2001 (Befragte in Prozent)

	sehr wohl	wohl	etwas/unwohl
Alle Befragten	29	53	18
Männer	29	53	18
Frauen	30	52	17
Unter 30 Jahre	33	52	15
30 – 39 Jahre	22	59	19
40 – 49 Jahre	25	49	26
50 – 59 Jahre	31	52	17
60 Jahre u.m.	37	45	18

Quelle: Ausländerbeauftragte – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen, Berlin: Januar 2002. Weitere Daten der von der Berliner Ausländerbeauftragten in Auftrag gegebene Studie können im Internet aufgerufen werden: www.berlin.de/landesregierung

DGB-Stellungnahme

Zuwanderungsgesetz

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt das politische Vorhaben der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen noch in dieser Legislaturperiode ein Zuwanderungsgesetz zu verabschieden.“ So der DGB-Bundesvorstand in einer Stellungnahme zum Regierungsentwurf des Zuwanderungsgesetzes. Der Perspektivwechsel und die Abkehr vom Dogma, dass Deutschland kein Einwanderungsland wäre, sei überfällig gewesen – so der DGB. Das Dogma habe sowohl der Akzeptanz von Einwanderung als auch der Integration schweren Schaden zugefügt.

Deshalb, fordert Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-

Bundesvorstands, die Unionsparteien und den Bundesrat auf, ihre bisherige prinzipielle Ablehnung aufzugeben und in eine konstruktive Debatte einzutreten. Der DGB jedenfalls ist zu dieser Debatte bereit, beziehungsweise möchte sie befördern. Denn: „Trotz der vorgeschlagenen Verbesserungen gegenüber dem geltenden Recht und dem ersten Entwurf des Bundesinnenministeriums ist der vom Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften geforderte Perspektivenwechsel in der Migrationspolitik erst in Ansätzen erkennbar.“

Von daher macht der DGB auch eigene Vorschläge, was verbessert werden

müsse. Bei den Integrationsleistungen zum Beispiel sollten Einwanderer mit Daueraufenthalt einen Anspruch erhalten. Daneben müssen die Finanzierung der Integrations Sprachkurse geklärt und deren Inhalte verbessert werden; so nämlich blieben sie hinter den bereits vereinbarten Regelungen des Gesamtsprachkonzepts zurück.

Die Stellungnahme des DGB zum Entwurf für ein „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von EU-Bürgern und Ausländern“ kann im Internet heruntergeladen werden unter: www.dgb.de

Als Fax-Abruf steht er beim Bereich Migration und Qualifizierung bereit: 0211/4301-XXX (47 Seiten)

MIGRATION

Feb / 2002

Migration
Forum



DGB BILDUNGSWERK

Arbeitsgruppe des „Forums gegen Rassismus“

Zwischenbericht

Einen ersten Zwischenbericht hat zum Jahreswechsel eine Arbeitsgruppe des „Forums gegen Rassismus“ vorgelegt, deren Aufgabe es ist, die Umsetzung der in Artikel 13 des EG-Vertrags festgelegten Antidiskriminierung bzw. der dazu erlassenen Richtlinien öffentlich zu begleiten.

Das „Forum gegen Rassismus“ wurde 1998 als Gesprächsforum zwischen der Bundesregierung und bundesweiten bzw. überregionalen Nichtregierungsorganisationen gegründet. Im Sinne der Konzeption der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) hat das „Forum“ die Funktion eines Nationalen Runden Tisches. Das „Forum“ hat derzeit 75 Mitglieder, davon 50 Nichtregierungsorganisationen.

Die vom „Forum“ eingesetzte Arbeitsgruppe nahm im Mai 2001 ihre Arbeit auf und wendete sich dabei vier Aufgabenbereichen zu. Auf dem Feld Informationspolitik wurde ein erster Infobrief per E-Mail verschickt, in dem über die Ausgangslage, die Inhalte der EU-Richtlinien informiert und Kontaktadressen genannt wurden. Was die Entwicklung eines Kampagnenkonzepts - das

zweite Arbeitsfeld - angeht, wurde nach ersten Überlegungen und Diskussionen deutlich, dass dazu eine Vorstudie erstellt werden muss, um die Möglichkeiten der Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen ermitteln und Inhalte und Formen der Kampagne daran anpassen zu können. Gleichzeitig soll dabei geprüft werden, wer mögliche Förderer sein könnten. Auf dem dritten Arbeitsfeld - positive Beispiele - soll eine Liste der bestehenden Projekte und deren Inhalte erstellt werden. Da dies ein aufwendiges Unterfangen ist, sollen Kooperationspartner - zum Beispiel das Bündnis für Demokratie und Toleranz - hinzugezogen werden. Was das Arbeitsfeld rechtliche Umsetzung angeht, wurde im ersten Infobrief dazu aufgerufen, Beispiele zu benennen, wo konkreter Änderungsbedarf - etwa bei der vom Justizministerium angekündigten Verankerung von Gleichbehandlung im Bürgerlichen Gesetzbuch - besteht.

Der erste Infobrief der Arbeitsgruppe ist unter anderem auf den Internetseiten der Ausländerbeauftragten und des DGB veröffentlicht:

www.bundesauslaenderbeauftragte.de
www.dgb.de

AFL-CIO

Einsatz für Illegale

Der amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO hat auf einem Treffen Ende 2001 in Las Vegas die Forderung bekräftigt, den in den USA lebenden illegalen Einwanderern ein Aufenthaltsrecht zu gewähren. Die Gewerkschaften - so AFL-CIO-Präsident John Sweeney - „sind ein Hoffnungsträger für Millionen von Arbeitnehmern, die auf der Suche nach einem besseren Leben in unser Land gekommen sind“. Ein Sprecher des Dachverbands ergänzte: „In der Ge-

werkschaftsbewegung gibt es nicht das Gefühl, dass Migranten amerikanische Arbeitsplätze wegnehmen.“

Sweeney forderte die Mitgliedsgewerkschaften parallel dazu auf, sich verstärkt um die Organisation von MigrantInnen zu bemühen. Nach Schätzungen des Statistischen Amtes der USA (Census Bureau) sind 13 Prozent der Arbeitnehmerschaft MigrantInnen, 1990 waren es neun Prozent.

DOKUMENTATION

40 Jahre Anwerbevertrag mit der Türkei

Knapp zwei Millionen MigrantInnen aus der Türkei leben in Deutschland. Ihr Zuzug begann 1961 auf der Grundlage des Anwerbevertrags zwischen der Türkei und Deutschland. Diesem Thema widmete sich eine Tagung im Rahmen der Düsseldorfer Migrationsgespräche im September 2001. Die Dokumentation der Tagung ist jetzt erschienen.

Bei dem Rückblick ging es nicht um eine anekdotische Betrachtung der Zuwanderung, sondern darum, Rückschlüsse für die Zukunft zu ziehen und Forderungen daraus abzuleiten. Auf Grund der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist, tauchen Aufgabenstellungen auf, die oft auf den ersten Blick gar nicht erkannt werden - was nichts mit bösem Willen zu tun hat. Hier geht es zum Beispiel um die Gruppe von MigrantInnen der ersten Generation, die hier ihre Heimat gefunden haben und alt werden. Wenn sie zu Pflegefällen werden, tauchen große Schwierigkeiten auf. Die Pflegedienste sind für diese Situation weitgehend unvorbereitet, sowohl, was die Sprache angeht, als auch die kulturellen Unterschiede. Dass in diesem Bereich erheblicher Handlungsbedarf besteht, macht eine Zahl deutlich. Im Jahr 2010 werden 1,3 Millionen MigrantInnen älter als 60 Jahre sein.

Solche und andere Fragen - etwa die Situation von Kindern und Jugendlichen oder die Frage danach, warum die Integration in den Betrieben sehr viel besser funktioniert als in der Gesellschaft insgesamt - wurden auf der Tagung diskutiert. Wer da war, kann sich das anhand der Dokumentation in Erinnerung rufen, wer nicht, kann sich informieren.

Die Dokumentation der Tagung „Migrantinnen und Migranten aus der Türkei im Einwanderungsland Deutschland“ kann bestellt werden bei: Der Setzkasten
Tel.: 0211/ 40 800 88
Fax: 0211/ 40 800 80
E-Mail: lavista@setzkasten.de

Die Themen

Seite 1

Warum? Wie funktioniert es?
Tipps zur Einbürgerung

DGB-Stellungnahme
Zuwanderungsgesetz

ZAHLENWERK

Wohlfühlen in Berlin –
Türkische Berliner 2001

Seite 2

Arbeitsgruppe des „Forums gegen Rassismus“
Zwischenbericht

DOKUMENTATION

40 Jahre Anwerbevertrag mit der Türkei

AFL-CIO

Einsatz für Illegale

Seite 3

Union Network International
Internationaler Gewerkschaftspass

IG BCE/ italienische Gewerkschaften
Kooperationsabkommen

Exit

Der Wegweiser zum Ausstieg

Zehn Jahre IMIS

Rück- und Ausblick

Seite 4

KOMMENTAR

Integrationswerkstatt Berlin

LERNTAGE

Seminare und Workshops

Internationaler Gewerkschaftspass

Mobilität ist für viele Beschäftigte nicht eine abstrakte Folge von Globalisierung, sondern gehört zum Arbeitsalltag, sie verbringen ein oder zwei Jahre in einem und dann drei Jahre in einem anderen Land. Für die davon stark betroffenen Fach- und Führungskräfte hat die Gewerkschaftsinternationale Union Network International (UNI) den so genannten UNI-Pass herausgegeben. Voraussetzung dafür, den Pass zu erhalten, ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, die UNI angeschlossen ist. In Deutschland ist das ver.di.

Mit dem UNI-Pass kann ein Beschäf-

tigter im Ausland bestimmte Dienste der dortigen UNI angeschlossenen Gewerkschaft in Anspruch nehmen. Dazu zählt unter anderem eine Einführung in die Stadt mit Adressenlisten, Informationen über Arbeits- und Wohnbedingungen, Einladungen zu kulturellen und politischen Veranstaltungen, die Einbeziehung in örtliche Aktivitäten wie Arbeitsgruppen, die sich mit berufsfachlichen Fragen befassen oder Bildungskurse. Daneben sichert der UNI-Pass klassische gewerkschaftliche Dienstleistungen wie Beratung in Beschäftigungsfragen - zum Beispiel Prüfung des Arbeitsvertrags oder Information über Arbeitsgesetze und tarif-

vertragliche Regelungen - und Rechts-hilfe bei Konflikten mit dem Arbeitgeber.

UNI wurde am 1. Januar 2000 gegründet. Es ist der Zusammenschluss der Gewerkschaftsinternationalen für die Bereiche Post und Telekommunikation, grafisches Gewerbe, Medien und Privat-angestellte.

Informationen über den UNI-Pass unter: www.verdi.de und www.union-network.org (auf Englisch)

Zehn Jahre IMIS

Rück- und Ausblick

Ende 2001 feierte das fachübergreifende „Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien“ (IMIS) an der Universität Osnabrück seinen zehnten Geburtstag. Das Institut untersucht Flucht- und Wanderungsbewegungen, Fragen der Integration und interkulturelle Probleme, wobei immer ein interdisziplinärer Forschungsansatz verfolgt wird. Neben der Untersuchung aktueller Fragestellungen befasst sich das Institut verstärkt auch mit einer historischen Migrationsforschung. Die Forschungsergebnisse sind in Monographien und Sammelwerken veröffentlicht.

Zum zehnjährigen Bestehen des IMIS wurde eine Festschrift veröffentlicht, in der Angehörige des Instituts exemplarisch die interdisziplinären Arbeitsschwerpunkte beleuchten – ein Überblick über die Arbeit eines Instituts, das sich den zehn Jahren seines Bestehens auch international großes Renommee erworben hat.

Migrationsforschung und Interkulturelle Studien: Zehn Jahre IMIS. Hrsg. von Jochen Oltmer. Osnabrück 2002: Universitätsverlag Rasch. 377 Seiten, 24,80 Euro. ISBN 3-935326-31-9
Information zu IMIS: Universität Osnabrück, IMIS/ Fachbereich 2
Neuer Graben 19/21, 49069 Osnabrück
Tel. 0541/9694384, Fax 0541/9694380
E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de
Im Internet unter www.imis.uni-osnabrueck.de

Kooperationsabkommen

Angesichts der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung und der EU-Osterweiterung wollen die Industriegewerkschaft Bergbau - Chemie – Energie (IG BCE) und die italienischen Gewerkschaften FILCEA (Federazione Italiana Lavoratori Chimici e Affini), FEMCA (Federazione Lavoratori Energia Risorse Chimica e Affini) und UILCEM (Unione Italiana Lavoratori della Chimici, dell'Energia e del Manifatturiero) ihre bisherige Zusammenarbeit und ihre Kontakte vertiefen bzw. erweitern. Dazu haben sie Ende 2001 ein Kooperationsabkommen geschlossen.

Schwerpunkte hierbei sind die Arbeit der EMCEF (Europäische Vereinigung der Gruben-, Chemikalien- und Energiearbeiter) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu unterstützen, um deren Einfluss auf die europäische Politik zu stärken, die Handlungsfähigkeit aller von der EMCEF vertretenen Branchengewerkschaften zu fördern. Daneben soll der soziale Dialog auf der europäischen Ebene so ausgestaltet werden, dass die Beteiligungsrechte von Betriebsräten und Gewerkschaften besser genutzt und die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wahrgenommen werden können. Weitere wichtige Punkte des Abkommens: Darauf hinwirken, dass die sozialen Interessen der Menschen in den Mitglieds- und Beitrittsländern der EU geachtet werden und die Mitglieder der jeweils anderen Organisation bei Bedarf Beratung und Unterstützung erhalten wie die eigenen Mitglieder.

Vereinbart wurde ebenso ein regelmäßiger Informations- und Meinungsaustausch über nationale gewerkschaftliche Politik, in dessen Rahmen gemeinsame Arbeitsprogramme überprüft, die Arbeit der Europäischen Betriebsräte vertieft und gegenseitige Beratung in Fragen der Tarifpolitik gefördert werden sollen.

Exit

Der Wegweiser zum Ausstieg

Seit dem Sommer 2000 ist Rechtsradikalismus endgültig ein Thema, dem auch Medien und Öffentlichkeit Aufmerksamkeit widmen. Der statistische Anstieg rechter Gewalttaten in eben jenem Jahr mag zwar zu einem großen Teil auf gestiegene Sensibilität für das Thema und eine ausgeweitete Form der statistischen Erfassung solcher Taten zurückzuführen sein, er hat jedoch zumindest bewirkt, dass die Notwendigkeit neuer Strategien in Kampf gegen Rechts weiten Teilen von Öffentlichkeit und Politik offensichtlich wurde. Im Herbst 2000 gründete der Berliner Ex-Polizist Bernd Wagner das Projekt „Exit“, das Mitgliedern der rechten Szene den Ausstieg erleichtern soll. Vorbild war das Projekt des schwedischen Ex-Neonazis Kent Lindahl, der die eigenen Erfahrungen beim Ausstieg nutzte, um anderen auf dem Weg aus der schwedischen Neonaziszene zu helfen.

„Exit“ richtet sich sowohl an jugendliche Mitglieder der Szene, als auch an deren Eltern. Die Hilfe für ausstiegsbereite Jugendliche findet dann auf verschiedenen Gebieten statt. Kernpunkt ist die Sicherheit der Aussteiger, um ihnen Ängste vor dem Verlassen der Szene zu nehmen. Das Projekt leistet jedoch auch juristische Hilfe und Beratung, außerdem versucht man die Reintegration von Aussteigern in die Gesellschaft zu unterstützen. Schließlich werden präventiv Aufklärungsprojekte in Schulen und Jugendclubs durchgeführt. Wie der Sprecher von „Exit“ beim Zentrum Demokratische Kultur mitteilt, werden zur Zeit ca. 100 Leute betreut, von denen über 30 „definitiv raus“ seien. Bis jetzt musste nur in einem Fall die Betreuung abgebrochen werden. Priorität habe die Sicherheit der Betreuten, was ganz unterschiedliche Maßnahmen nötig mache, die allerdings bis zum Verlassen Deutschlands gehen können. Zudem bestehe eine informelle Zusammenarbeit mit dem Aussteigerprogramm der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, wobei „Know-how ausgetauscht“ werde. Sonntag-Wolgast hatte im Rahmen der Maßnahmen ihres Ministeriums ergänzend ein staatliches Aussteigerprogramm geschaffen. Dieses ist Teil eines Drei-Punkte-Programmes, das Zivilcourage stärken, Integration als wechselseitigen Prozess fördern und letztlich repressiv gegen Täter und deren Umfeld vorgehen soll.

LERNTAGE

Seminare:

Einführung in das aktuelle Staatsbürgerschaftsrecht

3. bis 8. März 2002

DGB Bildungszentrum Niederpöcking

Islam in der Arbeitswelt

14. bis 19. April 2002

ver.di Bildungsstätte Berlin

Diskriminierung von MigrantInnen - Aktiv werden für Gleichbehandlung

14. bis 19. April 2002

ver.di Bildungsstätte Saalfeld

Ausländerrecht - Grundlagen und aktuelle Entwicklungen

21. bis 26. April 2002

DGB Bildungszentrum Hamburg

Workshops:

Das Anti-Diskriminierungsrecht der EU - Umsetzung und Handlungsmöglichkeiten In Deutschland

24. Februar bis 1. März 2002

DGB Bildungszentrum Niederpöcking

Integration per Vertrag? Anforderungen an Einwanderer

17. bis 21. März 2002

DGB Bildungszentrum Niederpöcking

Anti-Rassismus im Internet

5. bis 8. Mai 2002

DGB Bildungszentrum Hattingen

Anmeldungen bei:

DGB Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf

Tel.: 0211/4301-141 /-183, Fax: 0211/4301-134 E-Mail: migration@dgb-bildungswerk.de

Es besteht auch die Möglichkeit, sich online auf der Homepage anzumelden: www.migration-online.de

KOMMENTAR

von Barbara John, Ausländerbeauftragte des Landes Berlin

Integrationswerkstatt Berlin



Großstädte sind Einwanderungsländer im Kleinen. Berlin ist ein Musterbeispiel dafür. Hier leben mehr als eine halbe Million Menschen aus mehr als 180 Staaten, die Deutsch nicht als Erstsprache sprechen. Längst nicht alle sind zugewandert, viele sind schon in Berlin geboren. Die neueste Umfrage unter mehr als 1000 Berlinerinnen und Berlinern türkischer Herkunft, im Dezember 2001 durchgeführt, zeigt eine starke Verwurzelung und Identifizierung dieser Zuwanderergruppe mit der Stadt. Mehr als 80 Prozent geben an, sich in der Stadt wohl zu fühlen. 81 Prozent bejahen die Frage nach deutschen Freunden. Gegenüber 1999 ist das eine deutliche Zunahme.

Von dem oft diskutierten Rückzug in eine Nebengesellschaft kann jedenfalls keine Rede sein. Das heißt aber keineswegs, dass Zuwanderer in Berlin als Bevölkerungsgruppen mit eigenen Akzentsetzungen nicht mehr erkennbar sind. Im Gegenteil: Viele Minderheiten verfügen inzwischen über eine ausgebaute Infrastruktur, was ihre wirtschaftliche Tätigkeit, die Verbreitung muttersprachlicher Medien oder die Ausübung religiöser Bräuche angeht. Auch wenn die neuen Lebensstile von einigen noch als fremdartige „Importartikel“ wahrgenommen und abgelehnt werden, so sind die Berlinerinnen und Berliner doch mehrheitlich der Auffassung, dass die wachsende kulturelle Vielfalt Respekt und Achtung verdient.

Auch wenn gesellschaftliche Einebnung und Erstarrung abgelehnt wird, so wird aber gleichzeitig von Zusam-

menhalt und Gemeinsamkeiten gesprochen, die von allen zu erbringen sind. Dazu gehört Deutsch als Begegnungs- und Verständigungssprache, dazu gehört die Unterstützung demokratischer Grundwerte wie z. B. die Trennung von Staat und Religion, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die Wahrung der Menschenwürde jedes einzelnen. Diese Werte zu erhalten und zu sichern, gerade bei wachsender Vielfalt, findet bei der zugewanderten Bevölkerung die gleiche Unterstützung wie bei der deutschen.

Die meisten Zuwanderer fühlen sich zudem mit Berlin mehr verbunden als mit ihrem Herkunftsland. Umso stärker ist die Stadt verpflichtet, die noch bestehenden hartnäckigen Hindernisse auf dem Weg zur vollen Chancengleichheit zu beseitigen, nämlich die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei den Zuwanderern und die noch viel zu niedrigen Zahlen bei qualifizierten Schulabschlüssen. Denn eins ist sonnenklar: Um Ausländerprobleme handelt es sich bei der starken Verwurzelung der Zuwanderer mit Berlin nicht mehr. Es handelt sich um Herausforderungen, die alle angehen.

Gefördert durch:



Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Impressum

Herausgeber

DGB Bildungswerk

Vorsitzender: Günter Dickhausen

Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

Bereich Migration & Qualifizierung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel.: 0211-4301-141

Fax: 0211-4301-134

migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de

Verantwortlich

für den Inhalt: Leo Monz

Koordination

Klemens Büsch

Redaktion

Bernd Mansel (Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

Layout und Satz

Th. Rubbert, Düsseldorf

Druck und Vertrieb

Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Erscheinungsweise

monatlich

Bestelladresse

Der Setzkasten GmbH,

Tel.: 0211/4090088, Fax: 0211/4090080

E-Mail: lavista@setzkasten.de

